

Antrags-Nr.: 1.8.-096

Thema: Frauen- und Gleichstellungspolitik

Der AWO-Bundesverband wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber für eine konsistente Frauen- und Gleichstellungspolitik einzusetzen, die die Empfehlungen des Gutachtens zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung von 2011 konsequent umsetzt. Aus Sicht der AWO müssen folgende Maßnahmen vorrangig umgesetzt werden:

Rechtliche Vorgaben, die traditionelle Rollen fördern, sind abzubauen. Dies gilt insbesondere für alle Regelungen, die an die Ehe gebunden sind wie das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung. Diese Regelungen begünstigen längere Erwerbsunterbrechungen und erschweren die gleiche Teilhabe am Erwerbsleben. Zwar hat die Frauenerwerbstätigkeit zugenommen, doch ist dieser Anstieg überwiegend durch Teilzeit- und geringfügige Beschäftigungen bedingt. Geringfügige Arbeit und Minijobs sollten daher zugunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abgebaut werden.

Von prekären Arbeitsverhältnissen und niedrigen Löhnen sind Frauen in besonderem Maße betroffen. Der Abbau von Minijobs und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns hätten daher auch präventive Wirkungen zur Vermeidung von Frauen(alters)armut.

Gleichzeitig ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern von rund 23% bei gleicher Qualifikation abzubauen.

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Männer und Frauen muss auf unterschiedlichen Ebenen konsequent gefördert werden. Dazu gehören neben dem zügigen und bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen insbesondere auch familienbewusste Konzepte in Unternehmen.

Um die partnerschaftliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder von Anfang an zu stärken, sollte das Elterngeld weiterentwickelt werden insbesondere bei der Möglichkeit, Elterngeld und Teilzeit zu kombinieren und beim Ausbau der Partnermonate.

Der Anspruch von Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft, in allen sozialen Beziehungen, im Erwerbsleben, in der Wirtschaft und in der Politik muss umgesetzt werden. Dazu gehört auch, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

Der Bundesverband wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Jugendwerk eine Arbeitsgruppe einzurichten, mit dem Ziel, die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu einer Genderpolitik weiterzuentwickeln.